

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

April 2015

04/2015

Es ist unser »Tag der Befreiung«

Gedanken 70 Jahre danach

»Ende des zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945«, so hören und lesen wir das 70 Jahre danach in Kommentaren der Massenmedien und leider sogar in einschlägigen Beiträgen einiger deutscher Politiker. In den meisten Kalendern halten die Herausgeber nicht einmal das für erwähnenswert. Da war sogar der langjährige Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus offenbar heutigen Meinungsbildnern weit voraus. Er bekannte sich zum »Tag der Befreiung« und den besonderen Leistungen und Opfern der Sowjetsoldaten. Das ist auch schon deshalb bemerkenswert, weil er von 1939 bis 1945 beim Überfall auf Polen und die Sowjetunion als Hauptmann der deutschen Wehrmacht diente und somit genau wusste, wovon er redete. Hingegen die deutsche Bundeskanzlerin bedankte sich in ihrer Rede zum 70. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee mit keinem Wort beim russischen Volk und dessen Präsidenten.

Wir LINKEN betrachten es nicht nur deshalb als unsere Verpflichtung und Herzenssache, diesem wichtigen Datum unserer Geschichte in aller Form als »Tag der Befreiung« zu gedenken.

Wir ehren mit unserem Dank die mehr als 55 Millionen Menschen, die diesen Tag nicht mehr erleben konnten. Darunter die Soldaten der Anti-Hitler-Koalition, vor allem der die Hauptlast tragenden Roten Armee und aller Widerstandskämpfer und Partisanen in den okkupierten Gebieten. Wir verneigen uns vor den Toten

des Nazi-Terrors. Zuerst wurden - auch in Deutschland - die politischen Gegner, Kommunisten und Sozialdemokraten, ermordet. Danach meuchelten sie die Juden, Sinti und Roma sowie die Behinderten. Den Holocaust und die Euthanasie betrieben die Nazis regelrecht industriell.

Ganz Europa wurde befreit

Aus der faschistischen Barbarei wurde nahezu ganz Europa befreit. So z. B. auch die ehemaligen Sowjetrepubliken und sozialistische Länder, die heute der NATO angehören bzw. um Mitgliedschaft buhlen und rund um Russland amerikanische bzw. NATO-Raketenbasen errichten ließen .

Als in diesen Ländern und in der DDR der »Tag der Befreiung« zum gesetzlichen Feiertag wurde, konnten wir bei den verschiedensten Gedenkveranstaltungen Überlebende der Nazi-Barbarei mit transparenten »Nie wieder Faschismus«, »Nie wieder Krieg« erleben und vernahmen Berthold Brechts Spruch »fruchtbar noch der Schoß, aus dem das kroch«. Diese Losungen waren uns jüngeren Menschen zwar wichtig, aber so richtig wollten wir es nicht glauben, dass sich in unseren Ländern tatsächlich noch einmal faschistische und rassistische Denkweisen entwickeln könnten. Völlig undenkbar war für uns auch, dass deutsche Soldaten wieder an Kriegen in fernen Ländern teilnehmen - auch das müssen wir heute erleben.

Man muss sich daran erinnern

Natürlich empfanden viele Deutsche



Sowjetisches Ehrenmal im Treptower Park

(„Soviet Cenotaph Berlin Treptower Park“ von Denis Apel Stardado - Eigenes Werk.
Lizenziert unter CC-BY-SA-2.0 über Wikimedia Commons.)

und auch einige Kollaborateure anderer europäischer Länder den 8. Mai 1945 nicht als Befreiung. Sie befürchteten, dass die Siegermächte ihnen »Gleiches mit Gleichem« vergelten könnten. Schließlich waren nicht wenige Deutsche aktive Mitglieder der NSDAP und ihrer Gruppierungen und somit direkt oder indirekt an der Aufrechterhaltung des Terrorregimes beteiligt. Kriegsverbrechen verübten nicht nur Gestapo und SS, sondern auch Teile der Justiz, Polizei und Wehrmacht. In Industrie und Landwirtschaft wurden tausende Gefangene aus vielen Ländern ausgebeutet und misshandelt. Mancher Volksgenosse hatte sich jüdisches Eigentum angeeignet oder bunkerte daheim sog. Beutegut. Viele Kunst- und Kulturgegenstände tauchten bis heute nicht wieder auf. Die meisten dieser Leute flohen vor der heranrückenden Roten Armee, da bereits die spätere Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen der jeweiligen Alliierten bekannt war.

Einige Hauptkriegsverbrecher wurden

... Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. ...

Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede vor dem Bundestag am 8. Mai 1985

Fortsetzung auf Seite 3

Unwissenheit und Vorurteile



Foto: Hartmut Buschke

Wusterhausen hat erstmalig in seiner Geschichte ein Übergangwohnheim für AsylbewerberInnen mit 109 Plätzen bekommen. Da gab es im Vorfeld Unterschriftensammlungen gegen den Standort, gegen die Anzahl der Plätze usw., welche durch nicht wenige Einwohner getragen wurden, sowie massive Pöbeleien und »Wir haben ja nichts gegen Ausländer, aber...«-Posts auf Facebook und im weiteren öffentlichen Raum. Für viele war das nur Tarnung für eine generelle Ablehnung von Ausländern, wobei hier teilweise Unwissenheit und Vorurteile Pate standen. Wenn man etwas nicht will, finden sich der Argumente viele.

Häufig fand ich in Diskussionen den Gleichklang mit der Erkenntnis, dass die Ursachen des Flüchtlingsproblems in der Ausplünderung der 3. Welt, den Waffenexporten und den Kriegen liegen, an denen Deutschland keinen geringen Anteil hat. Der vermeintliche Irrsinn beginnt für mich da, wo die Leute bereit sind, gegen die deutsche Asylpolitik (an der es nicht wenig zu kritisieren gibt, wobei die Sicht auf diese auch unterschiedlich ist) auf die Straße zu gehen, nicht aber gegen die Ursachen von Flucht und Vertreibung. Im Augenblick ist die Situation für große Teile der Bevölkerung, auch besonders hier im Osten, von großer sozialer Unsicherheit und sozialem Abstieg geprägt.

Das sucht sich ein Ventil, und aktuell sind das leider nicht die Regierung und das kapitaldominierte System, sondern die in der Regel ärmsten und rechtlosesten der Gesellschaft, die AsylbewerberInnen (und Ausländer allgemein).

In Wusterhausen fanden sich aber auch viele Menschen, die von Anfang an bereit waren, die Flüchtlinge zu unterstützen und eine Willkommenskultur

zu schaffen. Das mündete in konkreten Projekten, wie Sprachunterricht (außerhalb des Pflichtunterrichts), Kinderbetreuung, Treffen in Kirche und Vereinen, Bibliotheksnachmittage, Integration in Sportgruppen, Spenden und Unterstützung bei der Wohnungseinrichtung usw. Es sind hier zarte Pflänzchen gewachsen, und auch im öffentlichen Raum wird immer wieder bemerkt, wie »nett und freundlich die Ausländer sind«.

Wenig hilfreich war hier aktuell das Agieren des Landkreises, der gemeinsam mit dem Vermieter des Grundstücks das Übergangwohnheim in kürzester Zeit auf 270 Plätze erweitern wollte. Dazu wurde ein interessantes Projekt mit vielen Einzelvorhaben für die Wusterhausener Bevölkerung vorgelegt. Unsere Fraktion hat in der letzten Gemeindevertreterversammlung trotzdem geschlossen dagegen gestimmt. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen. Maßgeblich ist die fehlende soziale und kulturelle Infrastruktur im Ort, die bei einem Anteil von 10% AsylbewerberInnen an der Bevölkerung zwangsläufig zur Ghettobildung mit allen damit verbundenen Problemen im Übergangwohnheim führen würde. Die Konzentration in dieser Größenordnung widerspricht auch dem Gebot der dezentralen, integrationsfördernden Unterbringung.

Uwe Tackmann

1. Mai 2015

**Internationaler Kampftag für Frieden,
gegen Krieg, für Völkerverständigung!**

Wir treffen uns am 30. April in der Kreisgeschäftsstelle in Neuruppin und am 1. Mai in der Galerie in der Marktgasse in Wittstock.

Kommentar

Jahrelanger Streit vor dem Ende

Landrat Reinhardt hatte schon am Rande der letzten Kreistagssitzung signalisiert, dass er eine außergerichtliche Einigung bei der paritätischen Besetzung des Aufsichtsrates der Pro Klinik Holding anstrebt. Viele brachten diese »Denk-Wende« mit der Neumitgliedschaft Reinhardts in der SPD in Zusammenhang. Andere wiederum meinten, der Landrat habe die Realitäten erkannt.

Egal, was wahr daran ist, wahr ist auf alle Fälle, dass das Landgericht Neuruppin dazu erneut ein eindeutiges Urteil gesprochen hat. Entschieden und klargestellt hat das Gericht, dass der Aufsichtsrat der Klinik-Holding zu gleichen Teilen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zu besetzen ist. Dies hatten seit Jahren die Gesamtbetriebsräte des Konzerns mit Ronny Kretschmer an der Spitze, die Gewerkschaft ver.di, aber auch Abgeordnete unserer Kreistagsfraktion wie Friedemann Göhler, Dieter Groß, Rita Büchner oder Hartmut Buschke immer wieder gefordert. Der Landrat blieb jedoch hart und beharrte auf seiner Meinung. Er ließ sich weder von massiven Protesten der Klinikmitarbeiter noch gerichtlichen Hinweisen beeindrucken.

Der Landrat zog alle »Register«, um eine paritätische Besetzung zu verhindern. Er veranlasste Strukturveränderungen im Konzern wie die Auflösung der Rettungsdienste GmbH als eigenständige Gesellschaft. Und dann ließ er noch in den Gesellschaftervertrag schreiben, dass die Holding keinen Gewinn machen darf. Damit wollte er erreichen, dass die Holding als karitativ eingestuft wird. Aber, und das hätte der Landrat wissen müssen, die Kommunalverfassung Brandenburgs schreibt eine Gewinnerwirtschaftung vor, wie auch der Vorsitzende Richter Dr. Lütticke im Verfahren feststellte.

Was aber die Bürger in diesem Zusammenhang auch bewegt - wer zahlt die ganzen Gerichtskosten, die sich bestimmt auf mehrere zehntausend Euro belaufen? Laut Presse die Klinik-Holding! Somit werden dem Unternehmen Gelder entzogen, die eigentlich für Investitionen sowie die Betreuung und Behandlung der Patienten eingesetzt werden sollten.

Achim Müller/ML



Glückwunsch Zwei, die wissen, was sie wollen



Am 15. März fand in Heiligengrabe die Wahl des Bürgermeisters statt.

Holger Kippenhahn

wurde als Amtsinhaber

mit 56,3%/1.185 Stimmen
(vorläufiges Endergebnis)

wieder zum neuen Bürgermeister
gewählt.

Aufgelesen

Frühling

Musik
im Schneeglöckchentakt
getanzt

Janina Niemann-Rich, Lyrikerin

Auf dem letzten Kreisparteitag wurden Rita Büchner und Paul Schmudlach mit überwältigender Mehrheit gemeinsam zu Kreisvorsitzenden unserer Partei gewählt. Damit ist unser Kreisverband der Vierte im Lande, welcher von einer Doppelspitze geführt wird.

Unser Redaktionsmitglied Achim Müller sprach mit beiden über ihre Ziele und Vorstellungen.

Mit Rita und Paul haben wir zwei gleichberechtigte Kreisvorsitzende, die unterschiedliche Erfahrungen und Ideen einbringen. Während Rita auf eine langjährige Parteimitgliedschaft zurückschauen kann, über große Lebenserfahrung und Erfahrung in Kommunalparlamenten verfügt, ist Paul ein junger, emotionaler, mit vielen neuen Ideen behafteter Genosse.

»Gemeinsam werden wir alles daran setzen, dass der Kreisverband sich verjüngt und weiblicher wird. Wir wollen mehr in Projekten und zielorientiert arbeiten. Dabei lassen wir uns davon leiten, welche Außenwirkung wir erreichen, ob wir wirklich als »Sprachrohr« für linke Themen wahrgenommen werden«, sagen beide wie aus einem Mund.

Besonderen Wert legen Rita und Paul darauf, dass unsere Partei mehr an Glaubwürdigkeit gewinnt, also wieder von den Menschen als Interessenvertreter wahrgenommen wird. Wir müssen aus dem Debakel bei der Landtagswahl die richtigen



Foto: Achim Müller

Schlussfolgerungen ziehen. Vor dieser Aufgabe steht auch unser Kreisverband, wird betont.

Zu den organisatorischen Fragen erklärten die beiden: Je nach Ort der Zusammenkunft werden die KV-Sitzungen abwechselnd geleitet. Über die Ergebnisse werden zukünftig den lokalen Medien Presseerklärungen übergeben. Spontane Presseanfragen sollen, bevor man sie beantwortet, abgestimmt werden.

Rita und Paul betonten: »Nur mit einem aktiven Kreisverband, wo sich viele Genossinnen und Genossen engagieren, sind die vor uns stehenden Aufgaben zu lösen.« Besonders hervorgehoben wurde von beiden auch die Bedeutung, welche Ronny Kretschmer als Landesschatzmeister für unseren Kreisverband hat: »Schließlich bekleidet er das dritt wichtigste Amt im Landesvorstand.«

Fortsetzung von Seite 1

bei den Nürnberger Prozessen und in späteren Verfahren ihrer gerechten Bestrafung zugeführt. Rüstungskonzerne hingegen wurden nur in der 1949 gegründeten DDR enteignet. In der einige Monate zuvor gebildeten BRD formierten diese sich bald wieder im Rahmen des militärisch-industriellen Komplexes. Sie verdienten in beiden Weltkriegen und seitdem in nahezu allen Krisengebieten der Erde. Begünstigt wurde dies durch die antisowjetische Haltung der westlichen Alliierten, die bereits vor dem 8. Mai 1945 ihren Anfang nahm, aber auch durch den Einsatz von ehemaligen Faschisten in der Regierung, Justiz, Polizei, den Geheimdiensten und der späteren Bundeswehr.

Der Masse der ehemaligen NSDAP-

Es ist unser »Tag der Befreiung«

Mitglieder wurde in beiden deutschen Staaten eine Eingliederung in die jeweilige neue Gesellschaft ermöglicht. Somit wurden diese ebenfalls befreit von ihrer Mitschuld.

Immer wieder dagegen wehren

Den »Tag der Befreiung« wollen wir LINKEN gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften mit dem Kampf um eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung verbinden. Die Bereitschaft deutscher Spitzenpolitiker, »zum Schutz der internationalen Ordnung notfalls bereit zu sein, militärische Gewalt anzudrohen oder anzuwenden«, darf nicht widerspruchlos hingenommen werden. Was meint denn unser oberster Repräsentant Gauck z.B. in Hamburg damit, »dass wir Begriffe wie Krieg, Veteranen, Gefal-

lene normal verwenden«? Wir dürfen nicht zusehen, wenn Neofaschisten einen gewählten ehrenamtlichen Bürgermeister faktisch aus dem Amt mobben, auf ein Büro der LINKEN in Nauen einen Anschlag verüben oder ebensolche Rowdys in Köpenick am Auto unseres Genossen Hans Erxleben zündeln.

Abschließend wollen wir nochmals Bertold Brecht zitieren: »Der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen, ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden!«

Heide und Günther Wissel
Kleinzerlang

Auf Heidi ist immer Verlass

Eigentlich wollten wir über sie »nur« als Stadtverordnete berichten. Aber Heidi Petruschke ohne ihr Dorf, ohne ihre Frauen?? So freuten wir uns über eine nette Einladung nach Karwe zur diesjährigen Frauentagsfeier.

An diesem 7. März 2015 war der Versammlungsraum im (schwer erkämpften) Haus der Generationen in Karwe restlos gefüllt mit jungen und älteren Frauen aus dem Ort und einigen Gästen aus der Stadt. Ein Zeichen

der kulturellen Betriebsamkeit der Gruppe: Der Nachmittag wurde eröffnet mit einem kleinen Programm. Christel Weimar las Gedichte von Eva Strittmatter, vielfach mit ihrer Lebensfrage verbunden »Ob ich heute noch vor mir bestehe?«. Der Sohn von Heidi Petruschke zeigte einen Film über die Dichterin.

Die Frauen feierten an diesem Tag zugleich den 65. Jahrestag der Gründung der Gruppe des Demokratischen Frauenbundes (DFD, 1990 Änderung des Namens in dfb) in Karwe: Seit dem 24. August 1950 gibt es eine wirklich kontinuierliche Arbeit dieser Frauengruppe. Zuerst ging's im Dorf um die dringende Bildung eines Erntekindergartens. Schließlich organisierten überwiegend die Frauen auch das kulturelle Leben im Ort, einschließlich der Pflege von Freiflächen und Blumenrabatten. Später kamen Handarbeitsabende, Buchlesungen und mit der damaligen Zentralschule gemeinsame Veranstaltungen für die Kinder dazu.

Als 1969 der neue Kindergarten gebaut werden konnte, übernahmen die Frauen die Reinigung, die Spielplatzgestaltung und Pflege, nähten Gardinen, unterstützten kleine Feste. Seit 1979 wurde 30 Jahre lang jährlich ein Kinderfest organisiert. Das Blumenrondell an der Kirche wird von der Gruppe betreut, eine Handarbeits- und Sportgruppe wurde schon 1977 gegründet und existiert bis heute. Beim Osternestersuchen waren in diesem Jahr 30 Kinder (und nicht nur aus dem eigenen Ort!) und 20 Erwachsene dabei.

Die jährlichen Erntefeste, Weihnachtsmärkte, Seifenkistenrennen und Kinderweihnachtsfeiern sind ohne die

fleißige Mitwirkung vieler Frauen gar nicht möglich. Namen wie Friedel Abendroth, Lina Paulig und Edith Schmidt, Ursel Richelmann - jeweils mehrere Jahre rührige Vorsitzende der Gruppe - und viele andere, die an diesem Frauentagsnachmittag durch Beate Müller aus Buskow, stellvertretende Landesvorsitzende des dfb, auch öffentlich geehrt wurden, sind aus der Geschichte der Gruppe nicht mehr wegzudenken.

All das ist seit dem 25. Oktober 1978 auf engste mit dem Namen von Heidi Petruschke

DIE LINKE.

im Parlament

verbunden - seitdem ist sie die Vorsitzende. Und ebenso eng verknüpft ist das mit ihrer Tätigkeit über mehrere Jahre als Gemeindevertreterin und Bürgermeisterin in Karwe - von 1983 bis 1991; bis 2014 war sie Mitglied des Ortsbeirates.

Zur »Wende« gab's einige Probleme, viele Diskussionen und auch Austritte. Aber schließlich blieb die Gruppe des neu gegründeten dfb (Demokratischer Frauenbund) zusammen.

Heidi Petruschke kennt ihr Dorf, ihre Einwohner. Vieles hat sie bewirkt, vieles mit beeinflusst, hat manchen Streit ausgefochten, sich auch geärgert, fand Unterstützung, hat sich behauptet. Wenn sie etwas durchsetzen wollte, mobilisierte sie oft ihre Frauen, hat sich stets mit Einwohnern beraten. Mit ihrer freundlichen, sachkundigen und bestimmten Art fand

sie für jeden, der zu ihr kam, guten Rat, konnte helfen, hat mit viel Mühe so manches für den Ort erreicht. Eines der wichtigsten Ergebnisse: das »Haus der Generationen« als Treffpunkt für alle Vereine und Interessengruppen im Ort; auch die Frauengruppe nutzt es gut. Sie »begleitete« den Straßenbau und den Bau der Straßenebenenbereiche - eine umfangreiche Arbeit, die dem ganzen Dorf nützte.

13 Dörfer um Neuruppin herum sind Ortsteile geworden. Deren wirkliche Einbeziehung in die Stadt, ihre gleichberechtigte Entwicklung, auch des dörflichen Lebens, die Achtung ihrer Sorgen und



Belange, ist für Heidi Petruschke heute eine vordringliche Frage - besonders dank ihrer Erfahrungen in Karwe.

Auch deshalb hatte sie sich 2008 zur Wahl als Stadtverordnete gestellt - und wurde natürlich gewählt. Und beim zweiten Mal, zur Kommunalwahl 2014, erreichte sie wiederum ein überzeugendes Wahlergebnis. Man weiß eben inzwischen nicht nur in Karwe, was man an ihr hat.

Die Stadtfraktion der LINKEN hat sich damals wie heute sehr gefreut, dass sie - als parteilose Bürgerin - in ihren Reihen mitarbeitet. Sie wurde Mitglied im Petitionsausschuss der Stadtverordnetenversammlung, wo es um viele und vielseitige Probleme von Bürgern geht, ist Mitglied im Strukturausschuss, der z.B. Personalfragen mit vorbereitet, und sie wirkt in der Grundstücksvergabe-Kommission mit, wo über Verkauf, Ankauf und Vergabe von Grundstücken der Stadt befunden werden muss. Also umfangreiche Sachgebiete, die Wissen, Erfahrung, Konsequenz und oft Feingefühl erfordern. Und auch hier überzeugt sie durch ihr ruhiges und sachliches Auftreten. Das meint nicht nur Fraktionsvorsitzender Ronny Kretschmer, der sie sehr schätzt. Sie achtet auf alles, es entgeht ihr nichts, sie hat vor allem immer die Belange der Bevölkerung im Blick, auf sie ist Verlass - so der Fraktionsvorsitzende.

Ihren Bericht über 65 Jahre Arbeit der Gruppe des DFD/dfb am Frauentag in Karwe hat sie übrigens mit der Überschrift versehen »Weite Wege zur Gerechtigkeit!«. Sie ist sich klar darüber, dass das viel Mühe kostet. Aber sie strahlt mit ihrer Art des Umgangs mit den Bürgern, mit ihrem energischen Anpacken von Problemen, den vielen, auch lustigen Ideen wohlthuenden Optimismus aus. Und will, wie immer, das Leben selbst energisch und zielstrebig, sozial gerecht im Interesse der Menschen, mitgestalten.

Christa Horstmann/ML

Aktuelles aus Kreistag ...

Für eine ökologische, soziale und dezentrale Energiewende - unter dieser Überschrift beschloss der Kreisparteitag der LINKEN. OPR einen Antrag, der zu einigen Debatten in der Partei DIE LINKE Brandenburgs führte. Wir wollen die Energiewende, aber sind immer mehr und immer höhere Windkraftanlagen der richtige Weg dafür? Windenergie ist nicht grundlastfähig, mal bläst viel, mal sehr wenig Wind, und dementsprechend viel Strom wird erzeugt.

In unserer Region wird weit mehr Windenergie erzeugt als in einem regionalen Energiemix sinnvoll, also müsste sie gespeichert werden, was bisher nur sehr bedingt möglich ist, oder aber in andere Regionen exportiert werden, was mehr und stärkere Leitungen erfordert. Netzentgelte für diese zusätzlichen Leitungen werden aber regional umgelegt - dafür zahlt der Brandenbur-

ger schon heute 1-1½ ct/kWh mehr als zum Beispiel der Baden-Württemberger. Nicht nur, dass wir die ökologischen Lasten dieses Landschaftsumbaus tragen, wir profitieren nicht mal davon. Ich glaube, die Akzeptanz von landschaftlich angepassten Windkraftanlagen wäre erheblich höher, wenn die Menschen von den Anlagen profitieren würden, wenn es die Kommunalfinanzen unterstützen und die Stromrechnung des einzelnen entlasten würde.

In diesem Sinne hat auch die Fraktion im Kreistag agiert. Der 10H-Antrag (10facher Abstand der Höhe der Windenergieanlagen zur Bebauung) der CDU wurde um eine kommunale Öffnungsklausel ergänzt. Wir als LINKE hatten uns genau für diese Änderung eingesetzt, weil es für uns einen großen Unterschied macht, wem es nützt - Kapitalgesellschaften und Land-

besitzern oder Bürgern und Kommunen. In diesem Sinne wollen wir auf die Politik unserer rot-roten Landesregierung einwirken, Spielräume im Baurecht auszunutzen und eine verträglichere Form des weiteren Ausbaus der Windenergie für Brandenburg umzusetzen. Wir wollen die Regionalplanung demokratischer gestalten - auch die kleinen Gemeinden müssen in den regionalen Planungsgemeinschaften vertreten sein, in dieser Frage sind wir uns einig und die Landtagsfraktion arbeitet bereits an der Umsetzung.

Und der Bund muss sich bewegen, die Netzentgelte müssen bundesweit umgelegt werden, gerade auch die Vergütungen für nicht erzeugten Strom bei Überkapazitäten, denn sonst haben wir hier bald Windenergieanlagen stehen, die nur stehen und trotzdem die Taschen der Eigentümer zu Lasten der regionalen Bevölkerung füllen.

Freke Over, Fraktionsvorsitzender

... und Stadtverordnetenversammlung Neuruppin

Aufreger Zweitwohnungssteuer

Vor über einem Jahr wurde erstmalig die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in Neuruppin eingeführt. DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung hatte dies mehrfach gefordert, um Personen, die in der Stadt einen Zweitwohnsitz angemeldet hatten, dazu zu bewegen, Neuruppin als Erstwohnsitz zu wählen. Dies hat den Vorteil, dass die chronisch klamme Kasse der Stadt pro Einwohner mit mehr als 400,- € im Jahr aufgefüllt wird - durch die Zahlung von Schlüsselzuweisungen. Seit Einführung der kommunalen Steuer haben mehr als 300 Personen ihren Erstwohnsitz in der Stadt angemeldet. Seit vielen Jahren steigt damit erstmalig die Einwohnerzahl. Sicherlich ist das nicht in Gänze auf die Zweitwohnungssteuer zurückzuführen, aber immerhin.

Ein zweiter wesentlicher Grund für die Einführung dieser Steuer war die Notwendigkeit, 100.000,- € mehr in die Kassen zu spülen, um die drohenden massiven Kürzungen bei den sogenannten freiwilligen Ausgaben (Jugendarbeit, Kultur, Soziales) abzuwenden. Außerdem sollten die Personen, die nur einen Zweitwohnsitz in der Stadt haben, an der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur beteiligt werden. Laut Aussagen der Kämmerei sind tatsächlich 100.000,- € Mehreinnahmen erzielt worden.

Streitthema: Kleingärten

Worauf DIE LINKE. Stadtfraktion Neuruppin schon zur Verabschiedung der Zweitwohnungssteuersatzung hingewiesen hat und schon 2014 verhindern wollte,



Verschlussene Gartentore?

entwickelte sich in den letzten Wochen zu einem heftigen Streitthema. In der von den Stadtverordneten beschlossenen Satzung sind explizit Lauben in Kleingärten nicht ausgenommen. Ein Unding, wie viele erst Anfang 2015 mit der Übersendung von Anhörungsbögen zur Erfassung dieser Lauben bemerkten. Schnell formierte sich der Widerstand. Selbst das RBB-Fernsehen berichtete vom Protest der Kleingärtner in Neuruppin.

Grund genug also, dass die Rathausfraktionen einen interfraktionellen Antrag erarbeiteten und diesen zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 13. April einbrachten. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte am 30. März diesem Antrag schon mal zu. Interessant war dabei zu beobachten, wie sich die CDU-Abgeordneten verhielten. Eigentlich ist die CDU gemeinsam mit allen anderen Fraktionen Antragsteller, bei der Abstimmung jedoch votierten die CDU-Abgeordneten Stawitzki und Gayck gegen den Antrag und folgten der Argumentation der Stadtverwaltung. Diese wollte

mit einem eigenen Antrag erreichen, dass Kleingärtner, deren Lauben vor 1989 errichtet worden sind (und dadurch meist größer als die erlaubten 24 qm sind), weiterhin die Zweitwohnungssteuer entrichten müssen.

Das will DIE LINKE. Stadtfraktion Neuruppin ausdrücklich nicht! Kleingärtner sollen unabhängig von der Größe ihrer Gartenlaube von der Steuer befreit sein.

Stadt will Haushalt beschließen

Am 13. April traf sich die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin zu einer arbeitsreichen Sitzung. Neben den aktuellen Beschlussvorlagen zu Fontane Festspielen, Zweitwohnungssteuer, Wichmann-Denkmal, Grundstücksverkäufen usw. stand auch die Beschlussfassung zum Haushaltsentwurf 2015 auf der Tagesordnung.

DIE LINKE hat die ersten Entwürfe dieses Haushalts stark kritisiert und Gegenvorschläge unterbreitet. So wurde erreicht, dass im aktuellen Entwurf die Neuruppiner Ortsteile mit 150.000,- € bedacht werden. Damit könnte u.a. das Dorfgemeinschaftshaus in Gnewikow realisiert werden. In der mittelfristigen Investitionsplanung stehen nach erfolgreichem Einspruch der LINKEN nunmehr die Sanierung der Wilhelm-Gentz-Schule in 2016 und die energetische Sanierung von Kindergärten ebenfalls in 2016.

Darüber hinaus ist es auch in 2015 gelungen, die Streichung von finanziellen Mitteln im sogenannten freiwilligen Bereich zu verhindern. Damit ist u.a. die Jugendarbeit für 2015 abgesichert.

Ronny Kretschmer, Fraktionsvorsitzender

Bundestagsreport

Von Tieren und Menschen

Die Nutztierhaltung ist in aller Munde. Als Quelle von Lebensmitteln ist das im doppeldeutigen Wortsinn angemessen. Als Tierärztin finde ich auch, dass es einiges zu bereden gibt. Noch besser fände ich es, wenn das weniger skandalisierend, dafür mehr mit den betroffenen Betrieben geschehen würde. Die Ursachen von Problemen sind ja nicht nur bei den nutztierhaltenden Betrieben zu suchen, sondern in einem System, das auch Tiere zur Ware macht und die Menschen, die sie betreuen, auf Kosten reduziert. Das heißt ausdrücklich nicht, von persönlicher Verantwortung frei zu sprechen, sondern die Rahmenbedingungen für Handeln nicht zu ignorieren.

Im März gab es gleich mehrere Bundestagsdebatten zum Thema Nutztierhaltung. Zu den Lebensbedingungen der Nutztiere insgesamt, zum systematischen Töten männlicher Eintagsküken von Legelinien oder zur Zukunft der Milchviehhaltung nach dem Ende der Milchquote. Die Klammer für diese Themen ist aus linker Sicht die Frage: Wie können wir kostendeckende Erzeugerpreise und bezahlbare Lebensmittel sichern?

Kostendeckende Erzeugerpreise heißt in der Nutztierhaltung, dass man auch von der Arbeit in den Ställen leben können muss und Geld übrig bleibt für gute

Arbeits- und Haltungsbedingungen sowie Respekt für die Natur. Oder für Aus- und Weiterbildung, denn für gesunde Nutztiere brauchen wir vor allem gut ausgebildetes Betreuungspersonal.



Broiler - gut und billig!?

Realität ist aber ein massiver Dumpingwettbewerb um möglichst niedrige Produktionskosten. Der wird nicht nur auf dem Rücken der Tiere ausgetragen, sondern auch derer, die sie betreuen. **Wer die Situation in den Ställen verbessern will, wie auch wir LINKEN, muss sich deshalb auch der Diskussion stellen, wer die höheren Kosten bezahlt.**

Der Bundesagrarminister denkt da zuallererst an höhere Lebensmittelpreise und beklagt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher ja nicht bereit wären, mehr zu zahlen. Er ignoriert damit die Realität gleich mehrfach. Zum Beispiel, weil für

nicht wenige Menschen gerade auch in Regionen wie unserer der Niedriglohn, das Hartz IV-Geld oder die Mini-Rente schneller zu Ende ist als der Monat. Oder dass höhere Lebensmittelpreise eher den Gewinn der Inhaber von Supermärkten oder Schlachthöfen weiter steigen lässt. Oder dass die höheren Lebensmittelpreise in anderen EU-Mitgliedsstaaten mit höheren Mehrwertsteuersätzen zu tun haben. Das heißt aber ausdrücklich nicht, dass nicht auch über zu billige Broiler diskutiert werden muss - im Gegenteil. DIE LINKE will Lebensmittel-Sonderangebote verbieten, denn sie sind keine Ramschware! Aber es muss sich mehr ändern als für die Tiere mehr Platz, Freigang und Beschäftigungsmaterial zu fordern.

Wer nicht ernsthaft die kartellartigen Strukturen im Lebensmitteleinzelhandel und in der Verarbeitungsbranche infrage stellt, will das Problem nicht lösen.

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarfragen bei der Bundesregierung hat nun ein sehr interessantes Gutachten vorgelegt, das viele dieser Diskussionen sehr sachlich, aber konsequent aufgreift und viele Änderungsvorschläge macht. DIE LINKE wird dazu beitragen, dass es Konsequenzen hat - im Interesse der Landwirtschaft und der Dörfer oder kleinen Städte dazwischen.

Kirsten Tackmann, MdB

Büro erfolgreich eröffnet



Margitta Mächtig mit der Bürgermeisterin der Stadt Kyritz, Nora Görke, im Gespräch (v. l.). Foto: Anja Büchner

Etwa 50 Gäste, darunter Vertreter von Vereinen und Verbänden, Nachbarn und Bürger sowie die Kyritzer Bürgermeisterin, Nora Görke, die Pfarrerin der evangelischen Kirchengemeinde, Aljona Hofmann, der Bürgermeister der Gemeinde Heiligengrabe, Holger Kippenhahn, die

Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE) und die Landtagsabgeordnete Ina Muhß (SPD) sind der Einladung der Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig (DIE LINKE) zur Eröffnung ihres Wahlkreisbüros im Linkseck in der Wilsnacker Straße in Kyritz am Mittwochnachmittag gefolgt. In gemütlicher Runde konnten die Gäste die Abgeordnete und ihr Team persönlich kennenlernen. Es wurde viel diskutiert und gelacht.

Margitta Mächtig, die seit 2004 Mitglied des Brandenburger Landtages ist und seit Januar 2014 die Fraktion der LINKEN im Landtag führt, brachte in ihrer Begrüßungsrede zum Ausdruck, dass

sie dankbar für die Möglichkeit sei, mit einem Büro als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort im Wahlkreis präsent sein zu können. Sie betonte, dass das Wahlkreisbüro ein Ort des Austauschs und der Begegnung sein soll, wo man ein offenes Ohr für die Anliegen, Anregungen und Kritik der Menschen in Kyritz und Umgebung hat.

In der Zeit vom 10. bis 22. August 2015 wird Margitta Mächtig mit ihrer »Sprechstunde unter freiem Himmel« (SufH) im Wahlkreis unterwegs sein und sich umhören, wo der Schuh drückt.

Wer mit der Landtagsabgeordneten ins Gespräch kommen möchte, kann sich an das Wahlkreisbüro in der Wilsnacker Straße 1 in Kyritz wenden, entweder telefonisch unter 033971/304941 oder per E-Mail unter maechtig@dielinke-opr.de. Geöffnet ist das Büro dienstags und donnerstags 8 bis 15 Uhr.

Weitere Infos erhalten Sie unter www.margitta-maechtig.de.

Anja Büchner

Ein neuer Anfang

Mutige Bürger halfen, den Krieg für die Neuruppiner zu beenden

Am 1. Mai gedenken wir in Neuruppin noch eines anderen bedeutenden Ereignisses. An diesem Datum vor 70 Jahren wurde die Stadt vom Faschismus befreit.

Während die sowjetischen Armeen schon vor Berlin kämpften, hatte ein Pioniertrupp der faschistischen Wehrmacht im Kreis Ruppin noch 31 Brücken, die über Bäche, Flüsse und Seen führten, gesprengt. Die verantwortlichen Nazis betrieben die sinnlose Verteidigung der Stadt.

Am Nachmittag des 1. Mai befanden sich sowjetische Truppen bereits auf der anderen Seite vom Ruppiner See und bereiteten sich auf den Beschuss der Stadt

vor, in der sie starke Wehrmachtsverbände vermuteten. Am Abend hörten die Neuruppiner Bürger über Lautsprecher die Aufforderung zur freiwilligen Kapitulation; wenn das nicht geschehe, würde um 20 Uhr mit dem Beschuss begonnen....

Mutige Männer der Stadt - Pfarrer Reinhold Bittkau, Erich Dieckhoff, Herbert Vick, Max Sasse und Hermann Jerx - hielten auf den Türmen der Klosterkirche und der Pfarrkirche weiße Fahnen. Mit einem Boot, so ist es überliefert, fuhren zwei Männer und ein Mädchen über den See, um dem Stab der sowjetischen Armee mitzuteilen, dass sich in Neuruppin keine Wehrmachtstruppen mehr befänden (auch die SS-Kommandos, die Wehrmachts-

einheiten und der NSDAP-Kreisleiter mit seinem Tross waren inzwischen in Richtung Westen aus der Stadt geflohen), die Einwohner wollen die Stadt kampfflos übergeben. Den Worten wurde Glauben geschenkt.

Ohne Zwischenfälle gelangten die Soldaten und Offiziere des Rigaer Rotbanner-Gardeschützenregiments Nr. 212 über Gildenhall und Alt Ruppin nach Neuruppin, wo zahlreiche weiße Fahnen als Zeichen dafür, dass kein Widerstand geleistet wird, aus den Fenstern der Häuser hingen. So brachte der 1. Mai der Stadt Neuruppin, den umliegenden Orten und ihren Einwohnern das Ende des furchtbaren Krieges.

(Nach einem Artikel von Lisa Riedel)

Europäischer Protest gegen Finanzmacht

Bereits zum vierten Jahr in Folge fanden sich antikapitalistische und globalisierungskritische AktivistInnen aus ganz Europa in Frankfurt am Main zusammen. An die 20.000 TeilnehmerInnen, die auf eigene Faust, mit einem Sonderzug oder einem der 80 Busse angereist waren, verwandelten mit ihrem überwiegend friedlichen und bunten Protest den Finanzstandort in ein Protestzentrum. Soweit, so bekannt - nicht zuletzt wegen dem diesmal weitaus größeren Medien-echo auf den 18. März 2015.

Doch worüber die hegemonialen MeinungsmacherInnen berichteten, hat leider wenig mit den Argumenten und Forderungen des breiten Blockupy-Bündnisses zu tun. Die gewalttätigen Ausschreitungen des Vormittags überschatteten die Anliegen der zahlreichen Zusammenschlüsse, Einzelpersonen und Organisationen, wie beispielsweise Attac, ver.di oder dem Revolutionären Sozialistischen Bund. Angemeldet wurde die Demonstration durch den LINKEN Ulrich Wilcken, Vizepräsident des hessischen Landtages, der sich in den folgenden Parlamentssitzungen nicht nur von der Gewalt distanzieren sollte, sondern auch die Verantwortung hierfür zu übernehmen habe und somit gar sein Rücktritt für den politischen Gegner konsequent erschien.

Distanziert wurde sich auch seitens der BundesgenossInnen bei der entsprechenden Debatte. Selbst Teilbereiche der antiautoritären radikalen Linken nahmen von politisch sinnfreier Randalie Abstand,

jedoch um darauf zu verweisen, dass es andererseits legitime Militanz gäbe. Legitim bedeute in ihrem Verständnis, die Anerkennungswürdigkeit von physischem Widerstand durch eine unterdrückte Mehrheit, die sich aus diesem Herrschaftsverhältnis befreien will. Es zwingt sich die Frage nach der Deutungshoheit solcher durchaus gewalttätigen Praxis auf. Mensch rufe sich hierfür nur die positive Beurteilung der Aufstände des Arabischen Frühlings und auf den Maidan seitens der Konservativen in Erinnerung.

Ein weiteres Argument steht hiermit in unmittelbarem Zusammenhang und wird von ParteigenossInnen wie auch Autonomen hervorgebracht, indem auf strukturelle Gewalt als Quelle von Macht verwiesen wird. Und wie heikel es um die Legitimität, vor allem im demokratietheoretisch und praktischen Sinne, der wirtschaftspolitischen Machtausübung der EZB steht, zeigt sich erstens bei der Verfassungsklage gegen den ESM und Fiskalpakt. Zweitens bei dem weit in die staatliche Souveränität hineingreifenden Austeritätswang der Troika auf die sogenannten »Krisenländer«. Anders als von systemnahen Medien behauptet, scheint somit die EZB sehr wohl die richtige Adresse für den europäischen Protest von unten zu



Protest am Skyper-Hochhaus in Frankfurt Foto: www.opposition24.de

sein. Gleichwohl beratschlagt auch Blockupy in den kommenden Wochen über eine mögliche Verlagerung nach Berlin. Dies hätte ebenso symbolische Strahlkraft und würde ganz nebenbei SympathisantInnen aus unserem Landkreis die Teilnahme am friedlichen, bunten und lauten Empören wohl wesentlich erleichtern.

bleibt festzuhalten, dass Gewalt immer noch Gegengewalt erzeugt, sich durch Militanz oftmals sowohl ein hoher Leidensdruck als auch Entschlossenheit äußert und sich DIE LINKE weiterhin von illegitimer Gewalt, egal ob durch nihilistische RandaliererInnen oder von Staatsapparaten distanziert. Kreativer, basisdemokratischer Widerstand auf der Straße und in den politischen Institutionen lohnt sich hingegen, um nicht nur symbolisch, sondern konkret die Verhältnisse aller Unterdrückten zu verändern.

Marco Wiese/ML

Misstände in Jobcentern

Es brauchte nicht erst die Berichterstattung des »Teams Wallraff«, um zu erkennen, welche Misstände in Jobcentern bestehen. Schon vor Jahren berichteten Mitglieder unserer Kreistagsfraktion darüber, dass sie auf Anfragen an die Kreisverwaltung zum damaligen »Amt für Arbeitsmarkt« nur verschwommene und unklare bzw. beschönigende Antworten erhielten. Auch auf Nachfragen wurde stets beteuert, dass alles bestens laufe.

Wie sah (und sieht) aber die Realität im kreiseigenen Jobcenter aus? Betroffene berichten immer wieder von überforderten Fallmanagern, falschen Zuwendungsbescheiden, sinnlosen »Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen« usw.

Fehlerhafte Bescheide

Überall, so auch das Neuruppiner, klagen die Sozialgerichte über eine nicht mehr zu bewältigende Antragsflut, die ursächlich in fehlerhaften Bescheiden der Jobcenter begründet ist. Unser Genosse Gerd Klier, der u. a. als Fachanwalt für Sozialrecht sehr viele Hartz IV-Bezieher zu seinen Mandanten zählt, kann davon ein Lied singen.

Aber auch Betroffene berichten immer wieder davon, dass die Mitarbeiter des kreiseigenen Jobcenters augenscheinlich überfordert sind oder Angst haben, wenn es um Zuwendungen für die Antragsteller geht. So erzählte eine Frau, dass ihre Fallmanagerin gesagt habe, dass sie Angst davor hat, eines Tages auf der gegenüberliegenden Schreibtischseite sitzen zu müssen. Ein anderer berichtete, dass er innerhalb von 2 Ta-

gen fünf unterschiedliche Bescheide zum Heizkostenzuschuss erhalten hat. Andere wiederum klagen, dass sie wochenlang auf die Auszahlung ihrer Gelder vom Jobcenter warten mussten.

Oft hört man von Mitarbeitern des Jobcenters, dass es doch egal sei, ob man vor Gericht siege oder verliere. Der Kreishaushalt wird ja nicht belastet, da der Bund die Kosten dafür trägt. Da kann wohl nur sagen: Hallo - auch das sind unsere Steuergelder!

Mangelhafte Beratung

Viele Langzeitarbeitslose in unserem Kreis beklagen sich, dass die Gespräche beim »Fallmanager« meistens nichts bringen, Jobangebote gibt es kaum. Angebote für eine zielgerichtete Qualifizierung - Fehlanzeige. Die von Wallraff genannten Beispiele könnte man auch, oder so ähnlich, bei unserem Jobcenter vorfinden.

Vor einigen Jahren wollte ein Jugendlicher, der nach seinem Bundeswehreintritt in seinem erlernten Beruf keinen Job fand, sich für einen Beruf im sozialen Bereich umschulen lassen. Als er einen Bildungsgutschein bei seinem Fallmanager beantragte, wurde ihm gesagt, »was er sich einbilde, auf Kosten der Steuerzahler noch einmal eine Berufsausbildung machen zu wollen. Außerdem habe der soziale Bereich in unserer Region sowieso keine Zukunft!« Da er aber nicht nachließ, wurde dann vom zuständigen Teamleiter entschieden, dass das Jobcenter die Ausbildung finanziert. Das alles hat sich aber ca. 3 bis 4 Monate hingezogen,

sodass der Jugendliche ein knappes Jahr Hartz IV beziehen musste.

Verhältnis Mitarbeiter - »Kunden«

Obwohl die Zahl der Bedarfsgemeinschaften/Langzeitarbeitslosen in unserem Kreis kontinuierlich gesunken ist, hält die Kreisverwaltung an der Zahl der Mitarbeiter im Jobcenter fest. Begründet wird das mit einer höheren Qualität der Beratung/Vermittlung und damit, dass jeder Fallmanager jetzt weniger Kunden betreuen muss.

Aber, und das ist doch irgendwie kurios. Wenn sich ein »Kunde« selbständig eine Arbeit sucht, so verbucht der Fallmanager dies als seinen Vermittlungserfolg.

Immer öfter hört man auch von arroganten Fallmanagern, die in sehr herablassender Weise den »Kunden« gegenüberreten. Manche Fallmanager, sicherlich nicht alle, scheinen hilflos überfordert zu sein, wenn es um konkrete Dinge geht, sie neigen dann zur Demütigung der Kunden, anstatt sie zu motivieren. Immer wieder wird berichtet, dass vor allem Frauen weinend aus dem Jobcenter kommen.

Ich glaube, und das zeigt sich deutlich auch in der gesamten Bundespolitik, dass Wallraff hier wieder einmal den Finger in die »offene Wunde« gelegt hat. Unsere Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat deshalb den Chef der Bundesagentur vor den Sozialausschuss des Bundestags geladen.

Aufgrund der Brisanz dieses Themas sollte unsere Kreistagsfraktion der LINKEN den Amtsleiter Lüdemann auch einmal zu einer ausführlichen Befragung einladen.

Achim Müller/ML

Bewährte Genossen aktiv

Im Regionalverband Kyritz-Neustadt-Wusterhausen wählte die Gesamtmitgliederversammlung am 19. März 2015 einen neuen Vorstand. In der Versammlung, an der 16 stimmberechtigte Mitglieder teilnahmen, wurde zunächst die Arbeit der vergangenen Jahre bilanziert.

Für die Stadt Kyritz wertete Dieter Groß noch einmal die Kommunalwahlen des vergangenen Jahres aus und machte deutlich, dass die Ursachen für unser relativ schlechtes Ergebnis noch nicht alle geklärt sind, aber auch mit den Anfeindungen anderer politischer Akteure im Zusammenhang mit unserer Position zur Vergabe der Kita-Betreibung zusammenhängen.

Dagegen konnte Alexander Blocks, der als Fraktionsvorsitzender in Neustadt (Dosse) zur dortigen Situation sprach, auf ein sehr gutes Wahlergebnis verweisen.

Lediglich unser Bürgermeisterkandidat für die Stadt konnte sich nicht gegen die schon langjährige Bürgermeisterin durchsetzen.

Uwe Tackmann stellte die Situation in Wusterhausen dar. Hier gibt es nach dem Zusammenschluss unserer Fraktion mit einer Gemeindevertreterin des Bürgerbündnis Wusterhausen eine interessante neue Struktur, die auch für ihn als Fraktionsvorsitzenden eine Herausforderung ist, da an den Fraktionssitzungen jetzt immer bis zu 15 Personen teilnehmen.

Der Regionalvorsitzende Holger Kippenhahn betonte in seinem Vortrag, dass es bewährte Praxis ist, zu den Regionalvorstandssitzungen einen größeren Kreis von Mitgliedern einzuladen und die Aktiven auch daran teilnehmen - dies soll auch weiterhin so beibehalten werden. Ein

Schwerpunkt der Arbeit in diesem Jahr wird die politische Auseinandersetzung um die Bodenreform anlässlich des 70. Jahrestages am 2. September sein.

Die Versammlung diskutierte die Lage bei der Unterbringung der Asylbewerber. Einige Mitglieder des Regionalverbandes sind sehr aktiv, helfen bei der Einrichtung von Wohnungen, bei der sprachlichen Weiterbildung und zeigen den neuen Bewohnern die örtlichen Einkaufsmöglichkeiten.

Als **Mitglieder im neuen Regionalvorstand** wurden Anette Bock, Petra Buschke, Dieter Groß, Holger Kippenhahn, Klaus-Peter Kraatz und Andreas Lungfiel gewählt. Holger ist wieder bereit, den Vorsitz zu übernehmen.

Hartmut Buschke

NEIN zu TTIP, CETA & Co.

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen,
nicht umgekehrt - 669 Gewerkschaften warnen weltweit!

STRENG GEHEIM

Seit gut einem Jahr sind die Handelsabkommen TTIP und CETA in aller Munde, und die Proteste dagegen sind erfolgreich angelaufen - doch jetzt kommt es ganz dicke. Im Schatten von CETA (europäisch-kanadisches Freihandelsabkommen) und TTIP (US-amerikanisches-europäisches Transatlantisches Freihandelsabkommen) erwächst nahezu unbemerkt eine neue gigantische Bedrohung: TiSA (Trade in Services Agreement, zu gut deutsch: Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) - der große Bruder von TTIP.

Das TiSA ist ein Nachfolgeabkommen des General Agreement on Trade in Services, kurz GATS, der WTO (World Trade Organization, dt. Welthandelsorganisation) - dieses wurde 1995 beschlossen. Auf höchster Geheimhaltungsstufe verhandelt die EU mit den USA und 21 weiteren Staaten das Trade in Services Agreement mit dem Ziel: **Den Dienstleistungssektor deregulieren und Privatisierungen in großem Stil ermöglichen.** Die Geheim-

haltung endet fünf Jahre nach Inkrafttreten oder - falls TiSA nicht in Kraft treten sollte - fünf Jahre nach Ende der Verhandlungen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt - wenn die Folgen von

TiSA spürbar werden, sollen wohl die Verantwortlichen politisch nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können.

Welche Länder verhandeln?

TiSA wird verhandelt zwischen der EU, USA, Kanada, Mexiko, Japan, Chile, Chinesisch Taipeh, Costa Rica, Hong Kong China, Island, Israel, Kolumbien, der Koreanischen Republik, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Schweiz und der Türkei. Die Dimensionen des Abkommens sind weltumspannend, denn damit würden nicht nur die Verhandler-Länder, sondern alle Staaten unter Druck geraten.

Die Vereinbarungen dienen dem



Foto: DIE LINKE auf www.dielinke-brandenburg.de

Ziel, Handelshemmnisse im Sektor »Dienstleistungen« im Interesse der großen transnationalen Konzerne zu beseitigen. In Zukunft sollen Konzerne so z. B. mit der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit und Wasser Kasse machen dürfen. Was einmal privatisiert ist, darf nie mehr öffentlich organisiert werden - egal ob Energie- oder Wasserunternehmen. Der Arbeitsmarkt soll für ausländische Dienstleister geöffnet werden, diese sollen berechtigt sein, ausländische Leiharbeiter beliebig für temporäre Einsätze in die einzelnen Unterzeichnerstaaten zu entsenden. Für TiSA gehört zu freiem Wettbewerb auch freier Datenfluss; den enthüllten Vorschlägen nach soll generell kein Land eine Firma daran hindern können, Informationen aller Art außer Landes zu schaffen. Die Daten von Kommunikationsanbietern sollen ungehindert zwischen Ländern ausgetauscht werden können.

Der Entwurfstext betont, dass jederzeit weitere Punkte einfließen werden. Nach Vertragsunterzeichnung können neue Marktchancen für Unternehmen eingerichtet werden – unter Umgehung einer demokratischen Einflussnahme der Bevölkerung.

Geltungsbereich von TiSA:

- Juristische Dienstleistungen durch Anwälte, Notare, etc.
- Technische Dienste wie Internetversorgung
- Elektronische Transaktionen

- Digitale Signaturen
- Buchhaltungs- und Auditierungsleistungen (Bewertung eines Aspektes eines Unternehmens)
- Steuerberatung
- Architekturleistungen
- Städtebauliche Leistungen
- Technische und wissenschaftliche Prüfungen
- Veterinärleistungen
- Bildungsleistungen

Die Dienstleistungsgewerkschaft Public Services International (PSI - weltweiter Gewerkschaftszusammenschluss von 669 Gewerkschaften des öffentlichen Sektors mit rund 20 Millionen Mitgliedern in über 150 Ländern) warnt vor TiSA und sieht ein »grundsätzliches Konfliktpotenzial zwischen öffentlichen Diensten und Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. **Öffentliche Dienste sollen eine grundlegende soziale Daseinsvorsorge leisten, die bezahlbar, universell verfügbar und nicht gewinnorientiert ist.** Öffentliche Dienste werden im Allgemeinen von einem Regelwerk begleitet, das ihre Kommerzialisierung bewusst einschränkt und dafür sorgt, grundlegende Dienstleistungen nicht als reine Handelsware anzusehen. Handelsabkommen dagegen fördern gezielt die Kommerzialisierung.«

Zusammengestellt von Jürgen Schubert (unter Verwendung eines Artikels auf Wikipedia, die freie Enzyklopädie vom 4.2.2015, CC-by-sa-3.0)



Refugees are Welcome here - Flüchtlinge willkommen

Ursachenforschung heißt gesellschaftliche Verhältnisse zu hinterfragen (Teil 1)



Flüchtlingsprotest am Brandenburger Tor

Foto: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Es kann davon ausgegangen werden, dass es keine Flüchtlinge geben würde, wenn diese ein emanzipiertes perspektivisches Leben in ihren Herkunftsländern hätten. Die zahlreichen Menschen, die momentan unter widrigsten Bedingungen und Einsatz ihres Lebens in die EU kommen, sind soweit von Normalität entfernt, dass sich einige Fragen, wie bspw. die nach den Ursachen, aufdrängen. Da diese Menschen aus Ländern kommen, die von wirtschaftlichen Krisen und innerstaatlichen Kriegen belastet sind, kommen wohl Naturkatastrophen nicht als Auslöser in Betracht. Es liegt auf der Hand, dass Krieg, Armut und politische Verfolgung das Leben der Betroffenen so sehr bestimmten, dass jeden Tag hunderte die als etwas geringer eingestufte Lebensgefahr auf der Flucht und hohe Schulden in Kauf nehmen. Mit der Hoffnung und vagen Aussicht auf eine friedvollere Mitwelt im geheiligten Westen, der auf seine Art von den Umständen in den Herkunftsländern profitiert.

An dieser Stelle bedarf es eines historischen Ausblicks. Standen wir nach Ende des kalten Krieges in dem heutigen Zeitalter des bürgerlichen Globalismus¹ an der Schwelle einer unipolaren Welt, so scheint sie nunmehr multipolare Tendenzen aufzuweisen. Auf den ersten Blick geht es zwar um geopolitische Interessen des nationalen Kapitals, Konkurrenzkämpfe um Rohstoffe und Absatzmärkte oder billige Arbeitskraft. Doch bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass jene Prinzipien der Profitlogik längst dabei sind, die globale Herrschaft endgültig für sich zu beanspruchen. Wer beim Wettlauf der ökonomischen Eliten und ihrer Konzerne unterliegt, gedemütigt und ausgebeutet wird, hat für sie lediglich instrumentelle Bedeutung. Dazu sind sie allein schon aus

den vielbeschworenen Sachzwängen heraus »verpflichtet«, wenn sie nicht selbst dem Wettlauf ums Kapital unterliegen und somit zur schnöden Mehrheit, den Unterdrückten, zählen wollen. Insofern reproduziert auch ein angenommener Klassenfeind die Verhältnisse, die ihn einerseits beherrschen und andererseits selbst zum skrupellosen Profiteur machen.

Nach innen gesichert wird diese Herrschaft über den mehr oder weniger demokratisch verfassten bürgerlichen Staat, dem Vormachtstreben der Kapitalinteressen in den Regionen und Institutionen der Gewaltenteilung. Wenn also bspw. in den Medien, die als vierte Gewalt gelten könnten, mit Ressentiments Stimmung gegen »illegale« AsylanInnen gemacht wird, während auf der anderen Seite qualifizierte Einwanderung erwünscht ist, so dient das der Zielsetzung der »oberen Zehntausend«, aber ganz gewiss nicht dem Allgemeinwohl der Weltgemeinschaft. Getrieben durch die nie versiegende Dynamik des individuellen Eigennutzes der Wirtschaftssubjekte nähert sich die Bourgeoisie somit der Erschöpfung ihres historischen Projektes.

Die Konsequenzen dieser Mechanismen sind vor allem auf globaler Ebene gescheiterte Staaten, Zerstörung, Armut, Unsicherheit und letztendlich Tod oder Flucht.

Um diesem Chaos, der Verwüstung und der Spur des Blutes wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen, bedarf es des Wissens, der empirischen Analyse, normativer Kritik und konkreter Praxis. Sozialwissenschaft praktisch betreiben kann dann nur in erkenntnistheoretischer und gesellschaftskritischer Absicht erfolgen, indem sich die Forschenden über ihre eigene Stellung im sozialen Gefüge und die Rückbindung ihrer beantworteten Fragen voll bewusst sind. Deshalb müssen wir die Extrakte der alltäglichen Erfahrung mit den dialektischen Verhältnissen, ihren Ausbeutungs-, Entfremdungs- und Reproduktionsprozessen reflektieren. Diese bereichernden Erkenntnisse sind nur über Kontakt mit den sozialen Gruppen selbst und ständiger Aufklärungsarbeit zu gewinnen.

»In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, d. h. die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen.«²

Karl Marx

Wenn Manager, Investoren, Spekulanten und neoliberale Politiker mit inakzeptablen Methoden das neue Haus der Menschheit errichten, weit ab von jeder demokratischen Kontrolle und Legitimität, wie es bspw. mittels der Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TISA & Co geplant ist, was steht dann auf dem Spiel? Nicht weniger als die freie und würdige Existenz der Mehrheit der Weltbevölkerung und die Erhaltung ihrer natürlichen Lebensgrundlage. Diese werden den profitabelsten Ausbeutungsmethoden geopfert, weil man das Wertgesetz mit dem Daseinsgrund menschlicher Existenz verwechselt.

Auf Grundlage dieser ersten Gedanken sollte bereits jedem klar sein, dass nur die Solidarität mit Flüchtlingen, als ebenso durch das Kapital beherrschte Mitmenschen in existenziellen Notlagen, den Blick auf das Ganze freigeben kann.

Mitglieder des Reg.-verbandes Fehrbellin

Statistik

- Die Zahl der pro Jahr weltweit geführten Kriege und bewaffneten Konflikte nahm seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutlich zu. Der Höhepunkt wurde Anfang der 1990er Jahre erreicht.
- Die weit überwiegende Zahl der Kriege sind innerstaatliche Kriege. Der Anteil der zwischenstaatlichen Kriege ging deutlich zurück.
- Mehr als 90% aller nach 1945 geführten Kriege fanden in der sogenannten Dritten Welt statt. Derzeit finden die meisten Kriege in Asien und Afrika statt.
- Innerstaatliche Kriege sind schwer zu regeln und werden seltener durch Dritte, v.a. durch internationale Organisationen beendet.

Quelle: [Department of Peace and Conflict Research (2014): *Conflict Encyclopedia (UCDP database).*]

¹Globalismus nach Ulrich Beck als neoliberale Ideologie des Marktradikalismus in Abgrenzung zu Globalität - also den gesellschaftlichen transnationalen Zusammenhängen.

²Marx-Engels Werke, Band 3, Seite 533 ff. Dietz Verlag Berlin, 1969

Es interessiert uns sehr Musik, die viele erfreut

Freundschaftsgesellschaft lud ein - und viele kamen

Am 16. März 2015 führte die Basisgruppe Alt Ruppın der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. eine erweiterte Frauentagsveranstaltung durch.

Erweitert deshalb, weil wir neben der Würdigung unserer Frauen auch interessierte Bürger zur Diskussionsrunde über die Zusammenhänge der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Krise in der Ukraine eingeladen hatten.

Wir waren sehr überrascht, dass insgesamt 44 Interessierte aus verschiedenen Orten des Kreises Neuruppın und aus Wittstock unserer Einladung gefolgt waren. Unter den Teilnehmern waren auch unsere ukrainischen Freunde. Die Bedeutung dieser Veranstaltung wurde auch dadurch unterstrichen, dass wir seit den 90er Jahren viele Pakete mit Hilfsgütern zu einem Kinderheim in der Ukraine geschickt hatten.

Da unser geladener Referent, Herr Manfred Schünemann, erkrankte und deshalb kurzfristig absagen musste, übernahmen Barbara Hinz und Rudolf Menzel die Leitung der Diskussion (beide haben die Versammlung wirklich bestens gestaltet und damit »gerettet«!, d. Red.). Nach Ausführungen von Barbara Hinz zur Entstehung der Ukraine im 11. Jahrhundert und den Ausführungen von Rudolf Menzel zur heutigen Lage wurde diskutiert. Unsere ukrainischen Freunde schilderten mit bewegten Worten, wie sie diesen Konflikt sehen, und vor allem wie er sich bis in diese Familien auswirkt. Es war eine sehr sachliche, konstruktive und offene Diskussion.

Der zweistündige Verlauf der Veranstaltung zeigte uns, dass es ein sehr großes Bedürfnis nach einem Austausch über dieses brisante Thema gibt. Bei Kaffee und Kuchen sowie belegten Brötchen verging die Zeit viel zu schnell. Ein ganz großes Dankeschön gebührt allen, die mithalfen, dass diese Veranstaltung so gut verlief.

Da unser Referent sich angeboten hat, diesen Vortrag nachzuholen, werden wir uns am **6. Mai um 17.00 Uhr im Tempelgarten** Neuruppın treffen und laden hiermit schon einmal alle Interessierten ganz herzlich ein.

Rudi Menzel

Mitglied des Landesvorstandes der Freundschaftsgesellschaft

Herzlichen Dank an alle, die zu meinem 90. Geburtstag so vielfach und aufmerksam, mit so viel Achtung und Anerkennung für meine frühere Arbeit, an mich dachten.

Ich habe mich sehr gefreut.

Lisa Riedel

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.5.	Rita Büchner	in Teetz	zum	60.
Am	5.5.	Ewald Greisert	in Wittstock	zum	86.
Am	7.5.	Elfriede Seidel	in Wittstock	zum	90.
Am	16.5.	Hans Schaefer	in Neuruppın	zum	66.
Am	20.5.	Erich Krüger	in Vielitz	zum	75.
Am	25.5.	Fritz Klame	in Kränzlin	zum	86.
Am	29.5.	Sabine Reinbacher	in Alt Ruppın	zum	65.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

10 Jahre Musikverein Neuruppın e.V.

Eigentlich wäre das beeindruckende Sinfoniekonzert des Brandenburgischen Staatsorchesters Frankfurt am Ostersonntag die Gelegenheit gewesen, das 10jährige Bestehen unseres Neuruppıner Musikvereins zu würdigen. Brahms Klavierkonzert (mit einer bezaubernden Pianistin) und die 8. Sinfonie von Beethoven wären nicht nur ein klangvoller, sondern auch ein glanzvoller Rahmen gewesen... Gelegenheit verschenkt. Die Zuhörer im fast ausverkauften Haus haben es erst aus dem Konzertprogramm erfahren.

Ja, es war am 16. März 2015 tatsächlich bereits 10 Jahre her, dass sich der Musikverein Neuruppın e.V. gründete. Am Anfang von manch einem mit Skepsis betrachtet: große Klassik in der Provinz?? Inzwischen gehören die Klassikkonzerte - über 70 Veranstaltungen in diesen Jahren, große Sinfoniekonzerte, Neujahrskonzerte, Kammerkonzerte, Arien- und Liederabende - fest zum Kulturleben der Stadt. Fast 20.000 Besucher haben sich daran erfreut. Und dank unseres weitgereisten, in Kerzlin/OPR lebenden japanischen Dirigenten Takao Ukigaya, der von Anfang an der Vorsitzende unseres Musikvereins ist, konnten die Zuhörer so manchen berühmten Künstler begrüßen und erleben. Er hat sich eigentlich auch seinen persönlichen Wunsch erfüllt: klassische Musik in Neuruppın heimisch werden lassen.

Die unendlich viele Kleinarbeit liegt seit 10 Jahren in den bewährten Händen von Uta Bartsch als stellvertretende Vorsitzende, der ebenfalls uneingeschränkt Anerkennung gebührt. Übrigens zeichnet sie auch mit verantwortlich für die Vorbereitung der Fontane-Festspiele der Stadt. Von den jetzt 56 Mitgliedern des Musikvereins erledigen ein ganzer Teil ehrenamtlich etliche notwendige Arbeiten. In der Regel sieht man ja nur den Einlassdienst, aber es ist natürlich noch viel mehr zu tun.

Es sei nicht verschwiegen, dass die Einnahmen aus dem Konzertkartenverkauf einschließlich der 76 Abonnenten (dabei kosten Abos für Schüler z.B. lobenswerter Weise nur 5 Euro) nicht ausreichen, um die Kosten für die Konzerte vollständig zu decken. Der Musikverein ist also auf Zuschüsse, Spenden und Sponsoren angewiesen. Und was noch ein ganz großes Anliegen ist - der Musikverein erstrebt eine noch engere Zusammenarbeit mit den Musiklehrern der vielen Schulen im Kreis!

Gratulation also noch nachträglich für den Musikverein und seine Leitung - und wir wünschen noch viele weitere inhaltsreiche musikalische Jahre für uns, die Konzertbesucher.

ch-/ML

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppın eG



Foto: Christa Horstmann

Die Gedenkstätte für den Todesmarsch von KZ-Häftlingen aus Sachsenhausen an der B 167 bei Wulkow, errichtet in den 1960er Jahren auch durch polnische Bürger, die in Hennigsdorf arbeiteten, wurde in diesen Wochen endlich auf Veranlassung der Stadt und des Bürgermeisters saniert, auch auf mehrfachen Drängen des Stadtvorstandes der LINKEN. Tausende Kraftfahrer fahren täglich hier vorbei und werden an den furchtbaren Todesmarsch vor 70 Jahren erinnert.

Unser Foto zeigt zwei Mitarbeiter einer Firma aus Linow, die die Hülle des brüchigen Betonsockels erneuern.

Bis zur Gedenkfeier für die Opfer des Todesmarsches am 17. April im Belower Wald soll die Sanierung des Denkmals abgeschlossen sein.

Mit MdB und Ministerin

Wie schon seit vielen Jahren, hatte unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann am 8. März 2015 wieder zu einer Frauentagsmatinee eingeladen. Im Kapitelsaal im Kloster Stift zum Heiligengrabe sprachen sie und die jüngste Ministerin

der Landesregierung Diana Golze zu den Teilnehmerinnen.

Anschließend gestaltete die bekannte Sängerin Barbara Thalheim mit ihrer Band ein spritziges und satirisch-politisches Programm.

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Montag, 27.04.15	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 27.04.15	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 30.04.15	Feier zum 1. Mai Ab 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Freitag, 01.05.15	Frühschoppen zum 1. Mai Ab 10.00 Uhr, Wittstock - Galerie Marktgasse
Montag, 04.05.15	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Mittwoch, 06.05.15	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Stadtverband Neuruppin <i>Gast: Manfred Schünemann »Die Ukraine-Krise - Ursachen und Hintergründe«</i> 17.00 Uhr, Neuruppin - Tempelgarten
Donnerstag, 07.05.15	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 07.05.15	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Freitag, 08.05.15	Kranzniederlegung zum 8. Mai - Bitte Tagespresse beachten! 11.00 Uhr, Sowjetischer Ehrenfriedhof Kyritz/Rheinsberg/Wittstock 13.30 Uhr, Sowjetischer Ehrenfriedhof Alt Ruppın 15.00 Uhr, Sowjetischer Ehrenfriedhof Neuruppin
Freitag, 08.05.15	Ausstellungseröffnung Marianne Kühn-Berger 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 12.05.15	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 13.05.15	Diskussionsrunde »War die DDR ein Unrechtsstaat?« mit Dr. Volkmar Schöneburg, MdL 18.00 Uhr, Neuruppin - Sportcenter und Sporthotel

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.

Tel.: 030/22774309
Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**

Tel.: 033971/32857
Fax: 033971/32893
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin;

Tel.: 03391/2383

Sprechzeiten:

Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Fraktionsvors.

Tel.: 0331/966-1500
www.margitta-maechtig.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz

Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**

Tel.: 033971/304941

E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:

Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin;

Tel.: 03391/655420

Fax: 03391/655422

www.dielinke-opr.de

E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:

Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**

Mo. 13.00 - 15.00 Uhr

Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**

Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;

Tel.: 033971/72086

Fax: 033971/32893

E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:

Die. 10.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;

Tel.: 03394/4031363/-64/-65

E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:

Die. 09.00 - 11.00 Uhr

Do. nach Vereinbarung